Protokoll über die Sitzung Nr. 5/2025 des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 16. Juni 2025, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion
Beigeordneter Volker Block
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt *(bis 17:12 Uhr / TOP 6.1)*
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Beigeordneter Martin Burkhart
Beigeordneter Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglieder CDU-Fraktion
Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Stellv. Ausschussmitglied Anja Mandt
Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Ausschussmitglied Stefan Becker
Beigeordneter Markus Bulla
Stellv. Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied AfD-Fraktion
Ausschussmitglied Thorsten Moriße

Es fehlte entschuldigt
Beigeordneter Dr. Günther Schulte
Ausschussmitglied Jens Stoffers

Dezernenten
Stadtbaurat Niksa Marusic
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung
Jörg Engesser - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

als Gäste
Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Norman Schaaf
Ratsmitglied Michael von den Berg

Protokollführerin
Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 19.05.2025	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2023 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters	**222/2025**
4.2	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2024 (Kernverwaltung)	**223/2025**
4.3	Wirtschaftsplan 2025 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	**197/2025**
4.4	Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH als internen Betreiber gem. Art. 5 Abs. 1 VO 1370/2007 i. V. m. § 108 GWB	**198/2025**
4.5	Auszahlung von Beteiligungsprämien an teilnehmende Schulen des Projekts „Wat(t) zählt!“	**100/2025**
4.6	Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber	**195/2025**
4.7	Bedarfsplanung und jährliche Berichterstattung zum Konzept Klassenassistenzen	**148/2025**
4.8	13. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven	**219/2025**
4.9	Betriebsführungsvertrag Stadt Wilhelmshaven – UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer-Besucherzentrum e. V.	**194/2025**
4.10	Beschluss des Klimaanpassungskonzeptes	**199/2025**
4.11	Anschlussförderung zur Umsetzung des Klimaanpassungskonzeptes	**200/2025**
4.12	Umstellung der Mietverträge Rathausplatz 10 (Ratrium)	**217/2025**
4.13	IV zu Antrag der Gruppe "Die BUNTEN" auf Erschließung einer zentralen Hundefreilauffläche Stadtmitte Vorlage 548/2022	**216/2025**
4.14	Antrag SPD-Fraktion: sozialer Wohnungsbau in der Stadt Wilhelmshaven	**519/2025**
5	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss	
5.1	Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven für das Geschäftsjahr 2023	**237/2024**
6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen	

1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 19.05.2025

Herr Brandt erinnerte daran, dass er am 19.05.2025 darauf hingewiesen habe, dass das Protokoll über die Sitzung am 16.12.2024 noch fehle. Außerdem habe er zum Tagesordnungspunkt 4.7 den Hinweis gegeben, dass nicht gesichert ist, ob in dem anzukaufenden Gebäude kein Asbest, PCB oder PAK vorhanden ist.
Er bat darum das Protokoll dahingehend anzupassen.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 19.05.2025 wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2023 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters **222/2025**

Herr Müller führte kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Hülsemann stellte in einem Vortrag den Jahresabschluss vor. Er ging dabei auf die Bilanz, die Ergebnisrechnung und den Verlustvortrag ein. Es wird bis Ende 2029 ein Verlustvortrag von über 303 Millionen € prognostiziert. Anhand des Plan-Ist-Vergleiches informierte **Herr Hülsemann** über die wesentlichen Abweichungen im Haushaltsjahr 2023. Er erklärte, dass nur noch eine der fünf Voraussetzungen für die dauernde Leistungsfähigkeit nach §23 KomHKVO erfüllt ist. Abschließend hob er hervor, dass die Nettoposition voraussichtlich im Laufe des aktuellen Jahres negativ wird, was eine bilanzielle Überschuldung bedeutet.

Herr Schön erkundigte sich, wofür es die Pensionsrückstellungen gebe und warum diese so hoch seien. Außerdem fragte er, warum die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung bei null liege.

Herr Müller erklärte, dass Pensionsrückstellungen für spätere Pensionsverpflichtungen gebildet werden. Dies laufe zwar über die Versorgungskasse, es müsse jedoch trotzdem aus rechtlichen Gründen eine Rückstellung gebildet werden. Die Höhe dieser Rückstellung ermittelt die Versorgungskasse. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung habe die Kernverwaltung nicht, da die Gebäude im Eigentum von GGS liegen. Die Kernverwaltung zahlt Miete an GGS in der auch ein Betrag für Bauunterhaltungen enthalten sei.

Herr Brandt erkundigte sich, ob die Beraterkosten fürs Klinikum im Jahr 2023 vollständig enthalten sind und hinterfragte die Bedeutung der Nummern 2 und 3 der Beschlussvorlage. Er widersprach einer En-Bloc-Abstimmung.

Herr Müller verwies auf die im Rahmen einer Sitzung erfolgte Vorstellungen der Gutachterkosten für 2023 und sagte, dass die Aufwendungen vollständig in den Sachkosten im Jahresabschluss enthalten seien.

Herr Hülsemann antwortete, dass Nummer 2 eine Feststellung und die Nummer 3 die Genehmigung der Nachbewilligungen im Rahmen des Abschlusses sei.

Auf Nachfrage von **Herrn von den Berg** erklärte **Herr Hülsemann** die Abschreibungen auf Finanzvermögen.

Aufgrund weiterer Nachfragen von **Herrn von den Berg** erläuterte **Herr Müller**, dass der Verlustvortrag durch die negativen Jahresergebnisse wächst. Diese Defizite führen dazu, dass Liquiditätskredite benötigt werden, aktuell in Höhe von 72 Millionen €. Im Vergleich zu Investitionskrediten gebe es bei Liquiditätskrediten kein Rückzahlungsplan. Um die Liquiditätskredite zu reduzieren müsse man daran arbeiten, dass sich die Haushaltslage verbessert.

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung, da die Unterlagen sehr umfangreich seien.

Herr Becker und **Frau Zaage** hatten kein Verständnis für die Vertagung und sprachen sich dagegen aus.

Herr Block teilte mit, dass die SPD-Fraktion die Vertagung befürwortet.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -vertagt-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2023 der Stadt Wilhelmshaven (Kernverwaltung) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungs-amtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters

2. Das Haushaltjahr 2023 schließt mit einem Gesamtdefizit in Höhe von - 35.045.558,98 €.

3. Die Vertretung beschließt die in der Anlage ersichtlichen Nachbewilligungen, die im Zusammenhang mit zwingend vorzunehmenden Jahresabschlussbuchungen notwendig geworden sind.

4. Der Überschuss im außerordentlichen Ergebnis von 942.722,31 € wird zur Deckung des Defizits im ordentlichen Ergebnis von -35.988.281,29 € verwendet. Das verbleibende Defizit von -35.045.558,98 € wird als Fehlbetrag aus Vorjahren ins Haushaltsjahr 2024 vorgetragen.

5. Dem Oberbürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2023 Entlastung erteilt.

4.2 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2024 (Kernverwaltung) **223/2025**

Herr Hülsemann stellte die Informationsvorlage vor.

Herr Bulla fragte, ob im Jahr 2024 nicht mitgeteilt worden sei, dass die Personalkosten zu hoch geplant wurden.

Herr Hülsemann antwortete, dass die Ansatzüberschreitung durch die Bildung der Rückstellungen entstanden sei. Diese Rückstellungen erfolgen erst im Rahmen des Jahresabschlusses.

Auf Wunsch von **Herrn Becker** erklärte **Herr Müller** die Bedeutung von Generationsgerechtigkeit.

Herr Block erkundigte sich nach einer Übersicht über die Entwicklung der Zinsen.

Herr Müller verwies für die zukünftigen Zinszahlungen auf die Beträge im Haushaltsplan. Er sagte zu, dass man sich über eine mögliche Übersicht Gedanken machen werde. Der tagesaktuelle Stand der Liquiditätskredite würde bei dem aktuellen Zinssatz jährliche Zinsen in Höhe von 1,4 Millionen € bedeuten.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2024 zur Kenntnis.

4.3 Wirtschaftsplan 2025 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **197/2025**

Herr Schaaf präsentierte den Wirtschaftsplan und berichtete, dass dieser im Wesentlichen auf dem im Dezember 2024 beschlossenen Sanierungsgutachten beruht. Nach dem Beschluss im Dezember sei im Januar mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes begonnen worden, der Plan für 2026 werde früher vorgelegt.
Die aktuell enthaltenen Zahlen für 2026 werden sich also noch ändern. Die Zahlen ab 2027 seien nicht zuverlässig, da bis dahin mit komplett neuen Rahmenbedingungen zu rechnen sei.

Herr Schön hinterfragte, wie hoch der Eigenanteil von Wilhelmshaven am Zentralklinikum sein wird, was mit der Baugrube passiere und wie die vorgesehenen Zuschüsse in den nächsten Jahren noch finanziert werden sollen. Er wies darauf hin, dass für die nächsten Jahre noch viele Investitionen in das aktuelle Gebäude nötig werden. Er fragte die Kämmerei, was all das für die Stadt zu bedeuten habe.

Herr Schaaf entgegnete, dass Details noch gar nicht bekannt seien. Der Förderantrag für das Zentralklinikum müsse zunächst erstellt werden, außerdem seien die neuen Gesetze und Ausführungen seitens des Landes noch nicht bekannt. Bezüglich der Baugrube habe es bereits die Aussage vom Land gegeben, dass bisher bezahlte Fördermittel nicht zurückgefordert werden. Eine Modernisierung sei im aktuellen Gebäude auf jeden Fall erforderlich. Im derzeitigen Zustand könne der Betrieb nicht noch 10 Jahre aufrechterhalten bleiben. Es werde gerade geprüft, wann welche Maßnahme notwendig wird.

Herr Müller merkte an, dass die Kämmerei die Auswirkungen auf den Haushalt nicht benennen kann, wenn so viele Informationen und Entwicklungen noch nicht bekannt seien. Die Planung der Finanzierung des Eigenanteils für die Errichtung des Zentralklinikums kann erst erfolgen, wenn die Höhe und Rahmenbedingungen bekannt sind. Die zukünftige Bilanzierung des begonnenen Neubaus hängt auch maßgeblich davon ab, wo das Zentralklinikum gebaut werden soll.

Herr Brandt kritisierte die Dauer der Wirtschaftsplanaufstellung und den baulichen Zustand des Krankenhauses. Er teilte mit, dass er gegen die Vorlage stimmen werde und hinterfragte, ob der Wirtschaftsplan mit dem Betriebsrat abgestimmt sei. Außerdem erkundigte er sich nach dem Sponsoring für den Handballverein.

Herr Schaaf betonte, dass er keine Schuld an dem Instandhaltungsstau trage und aktuell daran arbeite. Er erläuterte nochmals, warum der Wirtschaftsplan dieses Jahr verzögert vorgelegt wird. Eine Abstimmung des Planes mit dem Betriebsrat sei nicht üblich und auch in diesem Fall nicht erfolgt. Bezüglich des Sponsorings werde er sich informieren.

Auf Nachfrage von **Herrn Brandt** erinnerte **Herr Müller** daran, dass im Haushaltsplan 2025/ 2026 Zuschüsse an das Klinikum eingeplant seien.

Herr Block erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen werde.

Die **Herren Tönjes, Schaaf** und **Müller** diskutierten die mögliche Öffnung des gesperrten DKB Kontos und die Alternativen dazu.

Herr Becker fragte, was passiere, wenn kein Wirtschaftsplan beschlossen werde.

Herr Müller antwortete, dass der Rat im Gesellschaftervertrag die Regeln festgelegt habe. Für einen fehlenden Wirtschaftsplan gebe es keine Sanktionen.

Frau Zaage berichtete vom deutschen Städtetag, auf dem nochmals deutlich geworden sei, dass alle Kommunen und Krankenhäuser in einer ähnlichen Situation seien.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2025 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW

gGmbH) mit einem ausgewiesenen Jahresergebnis in Höhe von -20.520.100,50 € wird zugestimmt.

4.4 Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH als internen Betreiber gem. Art. 5 Abs. 1 VO 1370/2007 i. V. m. § 108 GWB **198/2025**

Herr Burkhart brachte einen gemeinsamen Änderungsantrag von der Ratsgruppe Gemeinsam BUNT und der CDU-Fraktion ein, diesem traten auch die SPD-Fraktion und die Gruppe WIN@WBV bei. Demnach soll die Vorlage dahingehend ergänzt werden, dass die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft zukünftig auch die Personenförderung für die Dörfer Sengwarden und Fedderwarden übernehmen soll. Er begründete diesen Änderungsantrag.

Frau Mandt zeigte sich erfreut über den fraktionsübergreifenden Änderungsantrag. Dafür kämpfe der Ortsrat schon lange.

Herr Marušić merkte an, dass dies eine wesentliche Änderung sei und er die Auswirkungen nicht bewerten könne. Die ganze Vergabe sei sehr kompliziert und wurde von einem Rechtsbeistand begleitet. Er bat daher darum das Thema erneut im Ausschuss für Planen und Bauen zu behandeln, insbesondere da die Verwaltung zum ersten Mal von diesem Antrag höre.

Herr Morißе stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den Fachausschuss.

Herr Burkhart und **Herr Block** sprachen sich gegen eine Verweisung aus. Sie waren der Meinung, dass die Änderung keine rechtlichen Auswirkungen habe.

Herr Marušić verdeutlichte, dass eine Überprüfung erfolgen sollte.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den Fachausschuss wurde mit einer Ja-Stimme und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss wurde über den Änderungsantrag abgestimmt.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Ratsgruppe Gemeinsam Bund und der CDU-Fraktion wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Es wurde über die geänderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
-geänderter Beschlussvorschlag-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Stadt Wilhelmshaven betraut die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH mit Wirkung zum

01.11.2025 im Wege einer Direktvergabe für eine Laufzeit von zehn Jahren mit der Erbringung des Stadtverkehrs im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven nach Maßgabe des als Anlage beigefügten öffentlichen Dienstleistungsauftrags auf Grundlage von Art. 5 Abs. 1 VO 1370/2007 in Verbindung mit § 108 GWB.

1.1 Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaben mbH, zukünftig die Erbringung der Personenbeförderung durch den Stadtverkehr im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven auch für die Dörfer Sengwarden und Fedderwarden zu übernehmen.

2. Die Vertreter der Stadt Wilhelmshaven werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH und der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH durch eine auf entsprechenden Beschlüssen in der gesellschaftsrechtlichen Weisungskette (SWW - SWV) beruhenden Weisung an die Geschäftsführung der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH für die verbindliche Beachtung der Inhalte des als Entwurf beigefügten öDA (Anlage) Sorge zu tragen.

3. Für den Fall, dass die Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags gemäß Ziffer 1) wegen eines Vergaberechtsstreits oder dergleichen nicht vollzogen werden kann, sind zur Aufrechterhaltung des Stadtverkehrs Notmaßnahmen für längstens zwei Jahre vorzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen.

4. Die Beschlüsse zu Ziffer 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt, dass ein Antrag nach § 89 Abgabenordnung („AO“) auf verbindliche Auskunft an das zuständige Finanzamt Wilhelmshaven durch die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH über die steuerliche Unschädlichkeit des beigefügten öDA (Anlage) positiv beschieden wird.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen oder unwesentliche Korrekturen an dem als Anlage beigefügten öDA und dessen Anlagen vorzunehmen. Zudem kann die Verwaltung weitere Änderungen selbstständig vornehmen, soweit hierdurch materiell keine wesentliche Veränderung herbeigeführt wird oder diese durch dritte Behörden veranlasst werden. Diese Änderungen dürfen ohne nochmalige Befassung durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven erfolgen, soweit diese keine weitergehenden Verpflichtungen der Stadt Wilhelmshaven begründen.

6. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, nach Umsetzung des der Vorlage beigefügten öDA (Anlage) gem. der Ziffer 2 die Vergabe des vorgenannten öDA im Supplement zum EU-Amtsblatt

(TED) bekannt zu machen.

4.5 Auszahlung von Beteiligungsprämien an teilnehmende Schulen des Projekts „Wat(t) zählt!“ **100/2025**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

In Fortführung der Beschlussfassung 194/2022 stimmt der Rat der Bereitstellung und Auszahlung von Beteiligungsprämien an am Projekt „Wat(t) zählt! – Energiesparmodelle in Wilhelmshavener Schulen“ teilnehmende Schulen für drei Projektjahre (2025/26, 2026/27, 2027/28) zu. Die Höhe der einzelnen Beteiligungsprämien entspricht jeweils der Hälfte des Geldwertes der innerhalb von 12 Monaten erbrachten Energieeinsparung, die Summe der Gesamtausgabe für Beteiligungsprämien wird auf 100.000,00€ jährlich gedeckelt.
Der Rat verpflichtet sich ab 2027 bis 2029 jährlich 100.000 € Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigung in den Haushaltsplan 2027/2028 aufzunehmen.

4.6 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber **195/2025**

Herr Schönfelder berichtete, dass er über Herrn Heinemann einen Fragenkatalog vom Deutschen Gewerkschaftsbund erhalten habe. Er versuche dies bis zur Ratssitzung zu beantworten und bat um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Block erklärte, dass sich die SPD-Fraktion zunächst enthalten werde.

Herr Burkhart gab ebenfalls bekannt, dass sich seine Gruppe enthalten wird. Aufgrund der geringen Anzahl der in Frage kommenden Asylbewerber, zweifelte er an der Wirtschaftlichkeit.

Herr Fischer entgegnete, dass dies im Fachausschuss diskutiert worden sei und man davon ausgehe, dass die Zahlen aufgrund des Vorbildcharakters steigen werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Brandt** sagte **Herr Schönfelder**, dass die Stellen befristet und projektbezogen seien und daher außerhalb des Stellenplanes liegen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Das nachfolgende Einsatzkonzept für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird zum

01.07.2025 umgesetzt
2. Für die Betreuung der Arbeitsgelegenheiten wird im Flüchtlingsmanagement eine halbe Stelle geschaffen
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufwendungen für die Schaffung dieser halben Stelle und für die Gewährung der Aufwandsentschädigung an die Asylbewerberinnen und –bewerber (80 Cent/Stunde gemäß § 5 Absatz 2 AsylbLG) im Haushalt bereitzustellen.

4.7 Bedarfsplanung und jährliche Berichterstattung zum Konzept Klassenassistenzen **148/2025**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Fortschreibung der mittelfristigen Planung für den Einsatz von Klassenassistenzen in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

[Achtung: Diese Beschlussvorlage wurde im Anschluss überarbeitet und als eine andere Version in den Rat eingebracht]

4.8 13. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven **219/2025**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die 13. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird in anliegender Fassung beschlossen.

4.9 Betriebsführungsvertrag Stadt Wilhelmshaven – UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer-Besucherzentrum e. V. **194/2025**

Frau Zaage stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis September. Dies begründete sie mit noch fehlenden Zahlen. Im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz sei die Vorlage ebenfalls vertagt worden. Der alte Vertrag solle bis September verlängert werden.

Herr Marušić entgegnete, dass im aktuellen Vertrag die Flussseeschwalbenkolonie fehle und man daher schnell den neuen Vertrag abschließen sollte.

Frau Mandt erklärte, dass der Fachausschuss im August zu diesem Thema eine zusätzliche Sitzung abhalten werde.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Beschlussvorschlag:
Der Rat der Stadt beschließt den neuen Betriebsführungsvertrag für das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V." mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2026.

4.10 Beschluss des Klimaanpassungskonzeptes **199/2025**

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an die Fachausschüsse. Es seien viele Themenberieche betroffen, in dessen Fachausschüsse die Vorlage nicht beraten worden sei.

Herr Marušić bat darum dem Antrag nicht zu folgen. Das Konzept werde dringend benötigt, insbesondere auch um den Mitarbeiter auf der geförderten Stelle weiter beschäftigen zu können. Eine Beteiligung weiterer Fachausschüsse sei nicht notwendig.

Herr Fischer, **Frau Mandt** und **Herr Schön** sprachen sich ebenfalls gegen eine Verweisung aus.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an die Fachausschüsse wurde mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt das vorliegende Klimaanpassungskonzept für die Stadt Wilhelmshaven als Leitlinie und Grundlage für die weitere Arbeit im Bereich der Klimawandelanpassung.

4.11 Anschlussförderung zur Umsetzung des Klimaanpassungskonzeptes **200/2025**

Auf Nachfrage von **Herrn Brandt** erklärte **Herr Marušić**, dass die Stelle erst nach der Förderzusage in den Stellenplan aufgenommen werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, einen Förderantrag für das Anschlussvorhaben zur Umsetzung des Klimaanpassungskonzeptes zu stellen und dieses Vorhaben bei einem positiven Förderbescheid umzusetzen. Die geförderte Personalstelle soll dazu in den Stellenplan übernommen werden.

4.12 Umstellung der Mietverträge Rathausplatz 10 (Ratrium) **217/2025**

Herr Bulla stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis Oktober. Für diese Entscheidung werde ein Raumkonzept benötigt, dies soll im September vorgestellt werden. Es sei daher nicht sinnvoll sich jetzt 10 Jahre an den Mietvertrag zu binden.

Herr Marušić entgegnete, dass es darum gehe eine erhebliche Summe einzusparen, dank eines guten Verhandlungsergebnisses. Für ein solch großes Verwaltungsgebäude gebe es keine Alternative in der Umgebung. Es liege auch ein Angebot vor eine weitere Etage anzumieten, der Platz würde dringend für den Fachbereich Bürgerangelegenheiten benötigt.

Frau Mandt erkundigte sich, ob das Angebot mit den neuen Konditionen seitens des Vermieters bis Oktober bestehen bleiben würde. Sie hoffe, dass bis dahin endlich ein Raumkonzept bestehe.

Herr Marušić antwortete, dass er sich bis zur Ratssitzung informieren werde, wie lange das Angebot erhalten bleibt.

Herr Tönjes und **Herr Schön** befürworteten die Vertagung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -vertagt-

1. Umstellung der bestehenden Mietverträge auf einen modifizierten Vertrag mit folgenden Konditionen:
Mietpreis 12 €/m²
Beginn der neuen Konditionen 01.01.2027
Laufzeit 10 Jahre
Verlängerungsoptionen 2 x 5 Jahre
Anpassung an den Verbraucherpreisindex Erhöhung mind. 10 %
Beteiligung an Reparaturkosten max. 5 % der Jahresmiete
Bei Inanspruchnahme der Verlängerungsoptionen können jeweils 650 m² reduziert werden.
2. Die Teilfläche des 4. OG Rathausplatz 10, Ratrium mit 645 m² wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt angemietet.
Die unter 1. genannten Konditionen gelten dann bereits ab dem

01.01.2026

4.13 IV zu Antrag der Gruppe "Die BUNTEN" auf Erschließung einer zentralen Hundefreilauffläche Stadtmitte Vorlage 548/2022 **216/2025**

Herr Becker stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung. Er berichtete, dass es Bedenken der Anwohner gebe und diese auch Unterschriften gegen die Nutzung der Fläche gesammelt haben. Die Anwohner fühlen sich nicht berücksichtigt.

Herr Marušić erklärte, dass er ebenfalls über die Sorge der Anwohner berichten wollte. Zusätzlich habe auch der Marinestützpunkt Bedenken geäußert. Er betonte, dass es sich lediglich um die Information über ein Prüfergebnis aufgrund eines beschlossenen Antrages des Rates handelt, nicht um den Willen der Verwaltung.

Nach einem kurzen Austausch über die Möglichkeit der Vertagung einer Informationsvorlage zog Herr Becker seinen Antrag zurück.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Die Verwaltung informiert, dass folgende Flächen als geeignete dezentrale Hundefreilaufflächen identifiziert wurden:

1. Friedenstraße (Größe ca. 6.700 qm, Investitionskosten ca. 45 Tsd. Euro)
2. Flensburger Grün (Größe ca. 3.200 qm, Investitionskosten ca. 20 Tsd. Euro)

4.14 Antrag SPD-Fraktion: sozialer Wohnungsbau in der Stadt Wilhelmshaven **519/2025**

Herr Schön brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Schönfelder berichtete aus der Beratung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration. Es sei gut das Thema anzugehen, allerdings müsse noch eine rechtliche Prüfung erfolgen, ob ein direkter Auftrag an die Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH möglich sei. Diese Geschäfte unterliegen eigentlich dem Vergaberecht. Im Fachausschuss wurde vorgeschlagen die Gesellschaft für eine Vorstellung einzuladen und eine rechtliche Prüfung vorzunehmen.

Herr Schön und **Herr Block** sagten, dass der Antrag rechtlich geprüft und in Ordnung sei. Der Herr Landrat Ambrosy, als Volljurist, halte das Vorgehen für rechtmäßig.

Herr Fischer sprach sich grundsätzlich für den Antrag aus und schlug vor aus rechtlichen Gründen in den Antrag „in Kooperation vorzugsweise mit der

Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland“ aufzunehmen und dann die Rechtmäßigkeit zu prüfen.

Herr Tönjes stellte einen Änderungsantrag im Namen der Ratsgruppe Gemeinsam Bunt. Demnach wird die Nummer 1 des Antrages gestrichen und wie folgt ersetzt: „Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, gemeinsam mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH Optionen zur Förderung und Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus in Wilhelmshaven zu prüfen und dem Rat ein umsetzungsfähiges Konzept vorzulegen.“.

Herr Schön bedankte sich für diesen Änderungsantrag und drückte seine Zustimmung aus.

Der Änderungsantrag der Ratsgruppe Gemeinsam Bunt wurde mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Herr Block erklärte, dass bei einer guten Zusammenarbeit langfristig das Ziel sei, Gesellschafter bei der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland zu werden.

Frau Mandt teilte mit, dass die CDU-Fraktion nicht zustimmen werde. Es gebe viele angemeldete Projekte im Sozialbau von privaten Unternehmen.

Herr Schönfelder hinterfragte, ob mit diesem Antrag der Prüfauftrag zur Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft hinfällig sei.

Herr Schön erklärte, dass dies nur der erste Aufschlag sei, damit sofort gestartet und der soziale Wohnungsbau angeschoben werden könne. Man wolle weiterhin eine Wohnungsbaugesellschaft.

Herr Tönjes kritisierte, dass bisher kein Prüfergebnis beziehungsweise Konzept vorliege. Er kündigte an, sich an die Kommunalaufsicht zu wenden, da der Ratsbeschluss nicht umgesetzt worden sei.

Herr Marušić informierte, dass im Rahmen des Flächennutzungsplanes eine Bedarfsplanung für die Wohnungsbaugesellschaft erfolge. Dies sei die Grundlage für die Gründung einer Gesellschaft.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

- ~~Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen, dass die Stadt Wilhelmshaven in Kooperation mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH den sozialen Wohnungsbau in der Stadt Wilhelmshaven initiiert.~~
- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, gemeinsam mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH Optionen zur Förderung und Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus in Wilhelmshaven zu prüfen und dem Rat ein umsetzungsfähiges Konzept vorzulegen.

- Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Gespräche mit der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH bezüglich einer Beauftragung im Rahmen einer Baubetreuung aufzunehmen.
- Die Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH wird in den zuständigen Ausschüssen / Rat eingeladen, um das Unternehmen, dessen realisierten Projekte im Rahmen der öffentlichen Förderung durch die NBank vorzustellen.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

Herr Heinemann übergab den Vorsitz an **Frau Zaage**.

5.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven für das Geschäftsjahr 2023 **237/2024**

Herr Schön, Frau Marxfeld und Herr Heinemann unterlagen dem Mitwirkungsverbot.

Herr Schönfelder erinnerte an den Vortrag des Rechnungsprüfungsamtes in der letzten Ratssitzung aufgrund des Antrages Nr. 511/2025.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Beschlussvorschlag:
Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Frau Zaage übergab den Vorsitz wieder an **Herrn Heinemann**

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Müller stellte den Veranlagungsstand der kommunalen Steuern und den Stand der Liquiditätskredite vor. Außerdem kündigte er für die Sitzung im August einen Bericht über die Entwicklung der Verschuldung und der Grundsteuer B im Sinne der Grundsteuerreform an.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:14 Uhr

Marušić Stadtbaurat	Heinemann Vorsitzender	Zahn Protokollführerin